

Viele Dieselsünder. Die Dieselfahrverbote in vier deutschen Städten werden oft nicht eingehalten. Die Ordnungsämter haben bei Kontrollen bislang mehr als 15.000 Verstöße festgestellt. Die weitaus meisten Autofahrer wurden in Darmstadt erwischt, wie Anfragen der Deutschen Presse-Agentur bei den Behörden ergaben. Stuttgart ist die einzige Stadt, in der für ältere Diesel ein Fahrverbot im gesamten Stadtgebiet gilt. In Darmstadt, Hamburg und Berlin ist die Durchfahrt einzelner Straßen nicht gestattet. Die Summe der verhängten Bußgelder beträgt etwa 1,6 Millionen Euro.

Viele Abfragen. Mehr als 900.000-mal haben Behörden im vergangenen Jahr Informationen über Bankkonten abgerufen, wie das Bundesministerium der Finanzen mitteilte. Der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (BfDI), Ulrich Kelber, hat deshalb nach einer Evaluierung des Verfahrens gerufen. Der automatisierte Abruf sei als Folge der Terroranschläge vom 11.9.2001 eingeführt worden, erinnert Kelber. Zunächst durfte nur die BaFin Abfragen für die Sicherheitsbehörden durchführen. 2005 erhielt auch das BZSt die Befugnis zur Abfrage. Seit 2013 dürfen überdies Gerichtsvollzieher diese Behörde um Kontenabrufe ersuchen. Damit sei aus einem Diagnoseinstrument der Geldwäsche- und Terrorismusfinanzierungsbekämpfung ein Vollstreckungsmittel geworden, so Kelber.

Viele Absagen. Jeder dritte Wohnungssuchende mit Migrationshintergrund hat in einer Umfrage der Antidiskriminierungsstelle des Bundes Erfahrungen mit rassistischer Benachteiligung angegeben. „Oft reicht schon ein fremd klingender Name aus, um gar nicht erst zur Wohnungsbesichtigung eingeladen zu werden“, sagte Bernhard Franke, kommissarischer Leiter der Einrichtung. Wegen einer Konkurrentenklage ist die Chefposition seit fast zwei Jahren unbesetzt. • jja



Gerhard Strate
Streiter für den Rechtsstaat

Zu schön, um nicht wahr zu sein

Irrationale Forderungen haben ihre ganz eigene Faszination. Sie erlauben uns, die normative Kraft des Faktischen für einen Augenblick auszublenden und im Idealzustand zu schwelgen. Gefährlich wird es dann, wenn auch die Politik sich ihren Träumen hingibt und unreflektierte Ideen in die Gesetzgebung einfließen lässt. Wäre es nicht schön, wenn man alle Atom- und Kohlekraftwerke gleichzeitig abschalten könnte, und zwar möglichst sofort, ganz ohne negative Folgen? Sollten in der perfekten Welt nicht endlich die ultimativ Schuldigen für unseren Energiebedarf bestraft werden: die Regierung, das Kapital und die gewissenlosen Erfinder solcher Annehmlichkeiten wie Elektroherde, Autos und Smartphones? Wäre es nicht zu schön, um nicht wahr zu sein, wenn einige schnell errichtete Windräder und Solarpanels das Problem schlagartig lösen könnten? Regelmäßiges Schulschwänzen zwecks Streiten für den Klimaschutz nebst Beschimpfung vorbeikommender Autofahrer könnte in der besten aller möglichen Welten ebenfalls ein realistischer Lösungsansatz sein.

Genügend ideologischer Rückenwind nebst weitgehend unkritischer medialer Begleitung jedenfalls ist vorhanden, um das im Dezember erlassene Bundesklimaschutzgesetz (KSG) für zwei öffentlichkeitswirksame Verfassungsbeschwerden zu nutzen. Als wohl bekannteste Beschwerdeführerin tritt Luisa Neubauer auf, die Hauptorganisatorin der deutschen Sektion von Fridays for Future, unterstützt durch Greenpeace und Germanwatch. Die persönliche Betroffenheit der Göttinger Geografiestudentin beschränkt sich laut dem auf der Webseite von Greenpeace veröffentlichten Beschwerdeschriftsatz auf die Tatsache, dass sie „ihre Ausbildung und ihr Leben faktisch ‚ausgesetzt‘“ habe, „um mit Hunderttausenden ihrer Generation politisch und medial für den Klimaschutz zu wirken“. Könnte sich die Generation Neubauer auch nur annähernd so für Naturwissenschaft und Technik begeistern wie für politische und mediale Einflussnahme, wäre die Frage der künftigen Energieversorgung mit Sicherheit schneller gelöst.

Mit dem Klimaschutzgesetz hat sich die Politik Takt und Tempo der Veränderung von Ideologen aufzwingen lassen, ohne nach der sinnvollen Umsetzbarkeit zu fragen. Kunststück: Wenn in den kommenden Jahren Kraftwerk um Kraftwerk vom Netz geht und es zu echten Versorgungsengpässen kommt, ist die heutige Regierung schon längst nicht mehr im Amt. Sie ist auch dann bereits Vergangenheit, wenn es aufgrund des durch angeblichen Klimaschutz verursachten Kostendrucks zum Zusammenbruch von Schlüsselindustrien nebst inneren Unruhen kommt. Sie wollte sich ein Stück Ruhe erkaufen, das wenigstens so lange andauert, bis die Große Koalition samt ihrer Akteure Geschichte ist. Selbst das ist ihr nur unzureichend gelungen, denn die Klimaideologen sind noch lange nicht zufrieden. Und so kommt dem Bundesverfassungsgericht wieder einmal die Funktion eines Torwarts zu, der hoffentlich den Ball halten wird, den die Feldspieler fahrlässig verzoockt haben. •

Dr. h.c. Gerhard Strate ist Rechtsanwalt in Hamburg und einer der renommierten Strafverteidiger des Landes